

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

#### zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 20/7189 –

#### Wiederaufbau der Ukraine fördern – Gewährleistungsrahmen des Bundes nutzen

##### A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Wirtschaft des Landes schwer getroffen habe. Das gelte auch für die Landwirtschaft der Ukraine, die oftmals als Kornkammer Europas bezeichnet worden sei, aber sie sei für die Versorgung der Menschen im Globalen Süden ebenfalls von enormer Bedeutung.

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) könne privates Engagement und private Investitionen nicht ersetzen, aber sie könne mit den verschiedenen Instrumenten wichtige Akzente setzen, um notwendige private Anstrengungen zu initiieren. So unterstütze die deutsche EZ privatwirtschaftliche Investitionen in Entwicklungsländern über die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG). Die DEG biete Finanzierungsmodelle in Form von Beteiligungen und beteiligungsähnlichen Darlehen sowie Beratung für private Unternehmen an.

Es sollten bereits heute Anstrengungen unternommen werden, um die Folgen des Krieges im landwirtschaftlichen Bereich in der Ukraine, die aufgrund ihres geringen Brutto sozialprodukts pro Kopf als Entwicklungsland zähle, zu überwinden, und dazu müsse man der DEG die Möglichkeit eröffnen, ihr Auslandsgeschäft in diesem Land verstärken zu können.

##### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/7189 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2023

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Amt. Vorsitzender und  
Berichtersteller

**Derya Türk-Nachbaur**  
Berichterstellerin

**Dr. Wolfgang Stefinger**  
Berichtersteller

**Deborah Düring**  
Berichterstellerin

**Dietmar Friedhoff**  
Berichtersteller

## **Bericht der Abgeordneten Derya Türk-Nachbaur, Dr. Wolfgang Stefinger, Deborah Düring, Dr. Christoph Hoffmann und Dietmar Friedhoff**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/7189** in seiner 109. Sitzung am 15. Juni 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, haushaltsrechtlich gangbare Wege zu finden, den Gewährleistungsrahmen des Bundes für die DEG möglichst zugänglich für Investitionen in der Ukraine, insbesondere im Agrarsektor, zu öffnen.

Darüber hinaus solle die Bundesregierung bis zu 200 Mio. Euro des Gewährleistungsrahmens für von der DEG unterstützte Investitionen der Wirtschaft in der Ukraine vorsehen.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7189 in seiner 45. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7189 in seiner 55. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7189 in seiner 52. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7189 in seiner 42. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 41. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der CDU/CSU** weist darauf hin, dass das Thema Wiederaufbau der Ukraine alle sehr bewege. Die EZ könne privates Engagement und private Investitionen in Entwicklungsländern nicht ersetzen, aber man könne Aktivitäten mit den entsprechenden Instrumenten hebeln und unterstützen. In dem Antrag sei dargelegt, dass die DEG, eine Tochter der Entwicklungsbank der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), zum Beispiel in Form von Beteiligungen und beteiligungsähnlichen Darlehen sowie mit Hilfe von Beratungen für private Unternehmen, die in Entwicklungsländern tätig seien oder würden, entsprechende Unterstützung leiste. Angesichts der Situation in

der Ukraine halte die Fraktion der CDU/CSU es für sinnvoll, das Auslandsgeschäft der DEG zu verstärken. Dazu müsse ein Gewährleistungsrahmen der DEG von 200 Mio. Euro geöffnet werden. In der Plenardebatte im Deutschen Bundestag hätte die Fraktion der SPD geäußert, es sei alles bereits „in der Mache“. Man erwarte entsprechend konkrete Auskünfte der Regierungsfractionen, was genau passiere.

Die **Fraktion der SPD** stellt heraus, dass zu dem Thema wirklich einiges „in der Mache“ sei. Mit der Antragstellung signalisiere die Fraktion der CDU/CSU, dass sie den Kurs der Bundesregierung weitestgehend unterstütze. Die Fraktion der SPD werde den Antrag ablehnen, denn er zielen auf eine falsche Ebene und auf falsche Werkzeuge. Es werde in zu kleinen Dimensionen gedacht, und die vorgeschlagenen Werkzeuge seien nicht zielführend. Die Fraktion der SPD denke an einen Wiederaufbau aus einem Guss; so sei eine Plattform „Wiederaufbau der Ukraine“ geplant, mit deren Unterstützung wichtige Schritte unternommen werden könnten. Viele Forderungen seien bereits auf den Weg gebracht, wobei riesengroße Schritte nicht von jetzt auf gleich oder in wenigen Wochen umgesetzt werden könnten; das würden aber alle wissen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verweist darauf, dass man einen langfristigen Rahmen brauche, um die Ukraine zu unterstützen. Man stimme darin überein, dass EZ-Mittel allein nicht ausreichen würden, und deswegen müsse man als internationale Gemeinschaft agieren. Man müsse global darüber nachdenken, wie man den Wiederaufbau langfristig finanzieren könne. Privatinvestitionen seien Teil der Lösung, aber man müsse darauf achten, dass sie nicht zum Ausverkauf der Ukraine führten, und das werde in dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU nicht immer deutlich. Es werde darauf hingewiesen, dass die Tätigkeit der DEG im unmittelbaren Interesse Deutschlands sei und deren Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern attraktive Auslandsmärkte unterstützen könnten. Man dürfe nicht dahinkommen, dass man den Krieg in der Ukraine dazu nutze, damit Deutschland daraus Profit schlage. Diesen Eindruck würden allerdings einzelne Punkte im vorliegenden Antrag vermitteln. In der Ukraine seien bereits 28 Prozent der Agrarflächen in der Hand von Oligarchen oder ausländischen Investoren, und das werde durch die Bodenreform tendenziell noch zunehmen. Ziel müsse es sein, dass die Ukrainer und Ukrainerinnen ihr Land wieder aufbauten. Die DEG könne dabei unterstützen, aber dazu brauche man klare Kriterien und eine Strategie des nachhaltigen Wiederaufbaus. Im Übrigen seien neue Kredite der DEG aufgrund des aktuellen Ratings der Ukraine nicht möglich, und deshalb würde eine Ausweitung des Gewährleistungsrahmens nichts nutzen. Die demokratischen Fraktionen müssten darüber nachdenken, wie man die Ukraine langfristig und nachhaltig unterstützen könne. Dabei sollte man Krisen nicht gegeneinander ausspielen. Dabei könnten auch kommunale Partnerschaften eine wichtige Rolle spielen. Andere Aspekte seien auch die Fragen nach dem Bauschutt oder der Aufbau von Strukturen in Bezug auf psychologische Hilfe von kriegsversehrten Menschen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** macht deutlich, dass man sich gemeinsam überlegen müsse, wie man den Wiederaufbau schaffen könne, und dazu gehöre auch, wie dieser riesige finanzielle Rahmen gestemmt werden solle, denn die Schäden seien immens. Man sehe fast tagtäglich, wie die Agrarindustrie der Ukraine attackiert, Häfen bombardiert und Getreidelager angezündet würden. Russland stehle auch Getreide, um es zu verkaufen, und es scheue nicht davor zurück, mit Hunger zu drohen und die Menschheit zu erpressen. Wenn man sich anschauen, woher die Flüchtlingsströme nach Deutschland kämen, nämlich aus der Ukraine und Syrien, dann sei der Verursacher Russland. Ein solches Regime könne man nicht akzeptieren, denn es sei ein menschenverachtendes Regime. Man müsse also die Ukraine auf allen Ebenen weiter unterstützen, und dabei alle Möglichkeiten ausnutzen. Staatliches Geld allein werde den Wiederaufbau der Ukraine nicht finanzieren können, dazu seien die Schäden zu gewaltig. Man brauche private Investitionen im Agrarsektor, denn die Ukraine würde, gemeinsam mit anderen Staaten, wie die USA und Kanada, die Welt mit Getreide versorgen und ernähren. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei unnötig und überflüssig, da die Bundesregierung bereits handle. 2022 wären 43 Investitions Garantien mit einem Volumen von 2,3 Mrd. Euro für 29 Projekte in 16 Ländern übernommen worden. Das finde nicht nur in der Ukraine statt, sondern auch in vielen anderen Ländern. Investitionen in der Ukraine sichere die Bundesregierung bereits gegen Risiken ab. Damit zeige man die Unterstützung für die Ukraine, denn eine Absicherung in einem Kriegsland habe es zuvor nicht gegeben. Es gebe außerdem keine Unter- und Obergrenzen der Investitionssummen. Es sei eine schöne Anregung, den Gewährleistungsrahmen der KfW oder der DEG zu öffnen, aber auch nicht mehr. Die Fraktion der FDP lehne den vorliegenden Antrag ab. Man wünsche sich dennoch die weitere Mitarbeit der Fraktion der CDU/CSU, um den Wiederaufbau der Ukraine in allen Sektoren zu erreichen.

Die **Fraktion der AfD** erläutert, dass bislang noch nicht einmal das Wort „Frieden“ gefallen sei. Denn ein Wiederaufbau setze Frieden voraus. Es müsse allen klar sein, dass europäische Bomben ebenfalls aktuell Landwirt-

schaftsflächen zerstörten. Mehr Bomben bedeuteten mehr zerstörte Flächen. Die Ukraine verliere eine ganze Generation junger Menschen, die an der Front verheizt würden, aber davon höre man nichts. Man lese auch nichts vom Umgang mit Korruption. Immerhin gebe es diesen Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit zwei Forderungen, wonach die Bundesregierung aufgefordert werde, „haushaltsrechtlich gangbare Wege zu finden“. Dieser Antrag sei überflüssig, denn man lese leider nichts von Frieden. Wenn behauptet werde, die Fraktion der AfD unterstütze Russland, dann sei das „wirklich Quatsch“. Die Fraktion der AfD setze sich für Frieden ein und nicht für Krieg, und deshalb lehne man diesen Antrag ab, weil er falsche Wege gehe.

Berlin, den 20. September 2023

**Derya Türk-Nachbaur**  
Berichterstatterin

**Dr. Wolfgang Stefinger**  
Berichterstatter

**Deborah Düring**  
Berichterstatterin

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Berichterstatter

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter



